

Antrag Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 173. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 1. Dezember 2022

MIT MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT GEMEINSAM AUS DEN KRISEN: INFLATION BEKÄMPFEN, SOZIALES NETZ VERBESSERN, FINANZIERUNG ABSICHERN UND ZUSAMMENHALT VERBESSERN

Die Schieflage in Österreich nimmt zu: Trotz der Pandemie, der Teuerungs- und der Energiekrise gibt es Reiche, die immer reicher werden, während auf der anderen Seite viele Menschen gar nicht mehr wissen, wie sie ihre täglichen Ausgaben meistern können. Corona hat diese Ungleichheiten deutlich sichtbar gemacht, die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen sind noch bei weitem nicht überwunden. Der Energiepreisschock setzt gerade geringe Einkommen unter Druck und verschärft die zunehmende Verteilungsschieflage noch weiter. Zudem hat der heurige Sommer gezeigt, dass bereits jetzt massive Auswirkungen der Klimakrise auch in Österreich spürbar werden, die verletzte Gruppen, wie ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen oder jene mit geringen Einkommen, besonders treffen.

In dieser Situation zeigt sich einmal mehr, wie unverzichtbar der Sozialstaat ist, um Wirtschaft und Gesellschaft zu stabilisieren. So konnte mit dem insgesamt hohen Sozialstaats-Niveau und bewährten Instrumenten wie der Kurzarbeit die Mittelschicht stabilisiert und verhindert werden, dass die Corona-Krise auch zu einer enormen Armutskrise wurde. Nun gilt es den Sozialstaat zu stärken, nachhaltig abzusichern und die Vermögensschieflage zu korrigieren – durch einen Beitrag der wenigen Krisengewinner:innen und Millionär:innen, die es sich leisten können.

Die Kosten des Nichthandels, wenn der Sozialstaat geschwächt oder zurückgestutzt würde, wären enorm: starker Anstieg von Armut und sozialer Ausgrenzung, Kaufkraftverluste und in Folge kurzfristig wie nachhaltig steigende Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftliche Auseinanderentwicklung würde befeuert, mit besonders negativen Folgen für zehntausende Kinder und ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe.

Soziale Sicherheit ist auch das Fundament der Demokratie. Aber die Demokratie ist in Gefahr: Einerseits weil viele Menschen mangels österreichischer Staatsbürgerschaft vom Wahlrecht abseits der Arbeiterkammer ausgeschlossen sind. Dazu kommt, dass sich Menschen vom demokratischen System abwenden: Denn insbesondere Arbeitslosigkeit, geringer Bildungsabschluss, geringes Einkommen und geringes Berufsprestige wirken sich stark negativ auf die Wahlbeteiligung aus.

Insgesamt untergräbt Ungleichheit die Demokratie. Die sozialen Unterschiede beim Wahlverhalten schreiben sich in den politischen Entscheidungen fort, weil Bessergestellte mehr Aufmerksamkeit von Politik und Medien bekommen. Vermögenden stehen noch weitere Kanäle zu Verfügung – von der Einflussnahme durch Lobbying und Parteispenden bis zum direkteren Zugang in die Redaktionen der (Massen-)Medien. Sie unterstützen meist eine Wirtschaftspolitik, die ihren eigenen Interessen dient – und nicht den Interessen der Vielen. Dazu kommt, dass sie vielfach Unternehmen besitzen und dort unmittelbar Macht ausüben können.

Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen, indem der Sozialstaat noch besser vor Armut schützt und die Krisengewinner:innen sowie besonders Vermögende mehr zu dessen Finanzierung beitragen. Gleichzeitig

gilt es die Mitte der Gesellschaft zu stabilisieren, indem die umfassende soziale Absicherung bewahrt wird, der durch die hohe Besteuerung des Faktors Arbeit ohnehin bereits große finanzielle Beitrag nicht weiter steigt und die Preissteigerungen eingedämmt und abgefedert werden. Die Gewerkschaften und das etablierte Kollektivvertragssystem leisten dabei den größten Beitrag.

Die Bundesregierung hat zwar bereits Schritte zur Abfederung der hohen Inflation gesetzt. Einige Punkte entsprechen unseren Forderungen und werden daher begrüßt: die verlangte Indexierung von Sozial- und Versicherungsleistungen, die Hilfszahlungen für einkommensschwache Haushalte oder die Abschaffung der kalten Progression, wenngleich die konkrete Ausgestaltung teilweise nicht optimal gelungen ist.

In Summe sind die getroffenen Maßnahmen jedoch wenig effizient und damit teuer, nur zum Teil nachhaltig und weisen große Lücken auf. Insbesondere hat die Bundesregierung zu wenig getan, um die „Preise runter“ zu bringen: Begrenzung von Mietsteigerungen, die nicht durch unmittelbare Kostensteigerungen rechtfertigbar sind, ist sie nicht angegangen. Ebenso hat die Bundesregierung die Senkung der Umsatzsteuer bei Lebensmittel oder eine überfällige Reform des Preisgesetzes nicht in Angriff genommen. Erst auf Drängen und sehr spät wurde die Begrenzung der explodierenden Strompreise für Haushalte beschlossen, jedoch ohne sachgerechte Gegenfinanzierung aus Übergewinnen des Energiesektors. Aus ideologischen Gründen hat die Bundesregierung eine sinnvolle Neuordnung der Strompreisregulierung auf Ebene der EU lange blockiert und wird weiterhin nicht mit Nachdruck verfolgt. Insgesamt hat die Regierung zu wenig getan, um die aktuelle Umverteilung von Haushalten (und vielen kleineren und mittleren Unternehmen) zu Krisengewinner:innen im In- und Ausland zu stoppen.

Der zweite Kardinalfehler der Bundesregierung ist die unzureichende Berücksichtigung der Ausgangsbedingungen von Arm und Reich: Die Teuerungswelle trifft vor allem die Haushalte mit geringen Einkommen. Bei einem Drittel der Haushalte reichen die Einkommen nicht mehr aus, um die Ausgaben zu decken. Kürzungspotential im Haushaltsbudget besteht kaum: So entfiel im einkommensschwächsten Fünftel der Haushalte bereits 2019/20 mehr als die Hälfte der Ausgaben auf Wohnen, Heizen, Lebensmittel und Verkehr. Anders bei den oberen zehn Prozent: sie müssen sich gar nicht einschränken, sondern lediglich ihre hohe Sparquote reduzieren – falls überhaupt, da durch Indexierung ihrer Mieteinnahmen, steigende Zinsen und zum Teil höheren Unternehmensgewinnen unklar ist, ob die obersten 10 Prozent überhaupt reale Einkommensverluste zu verzeichnen haben.

Eine gerechtere Verteilung, eine neue Finanzierungsstruktur und ein Ausbau des Sozialstaates sind unerlässlich, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen. Nur so können die Destabilisierung der Demokratie und der Auftrieb anti-demokratischer Kräfte verhindert werden. Nur ein finanziell abgesicherter sowie ausgebauter Sozialstaat bietet die Sicherheit und nimmt die Angst davor, in unsicheren Zeiten in Armut abzurutschen.

Für den Erhalt und notwendigen Ausbau der Leistungen ist es wichtig, das österreichische Steuersystem insgesamt deutlich progressiver zu gestalten und vor allem große Vermögen und Erbschaften progressiv zu besteuern. Auch Unternehmen sollen statt der geplanten weiteren Senkung der Körperschaftsteuer vielmehr einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates leisten, etwa indem Lücken im Steuersystem geschlossen werden. Denn aktuelle EU-Steuerstatistiken zeigen: Während wir bei Steuern und Abgaben auf Arbeit einen Spitzenplatz verzeichnen, ist der Anteil von Unternehmen und Vermögenden am Steueraufkommen in fast allen Mitgliedstaaten höher als in Österreich. Aber nicht nur auf österreichischer, sondern auch auf europäischer Ebene sind Maßnahmen zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit nötig – allen voran die rasche Umsetzung der Mindestbesteuerung von Unternehmen und die Trockenlegung von Steuersümpfen.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher von der Bundesregierung:

Die Inflation und ihre Auswirkungen bekämpfen:

Miet-Preis-Spirale – und damit Umverteilung zu Vermögenden – stoppen: Bis zur längst überfälligen Mietrechtsreform sollen die Mieten nicht öfter als einmal im Jahr und nur um maximal zwei Prozent erhöht werden dürfen – auch rückwirkend für 2022

Strompreis effektiv senken: Nachbesserungen mit einem Energiepreisdeckel, systemische Maßnahmen zur Senkung des Stromgroßhandelspreises, Entkoppelung des Strom- und Gaspreises und mittelfristig eine Reform des Strommarktes

Preisdeckel auch beim Heizen, also für Fernwärme und Gas – plus weitere Unterstützung energiearmer Haushalte, etwa durch einen Energie- und Klimahilfsfonds

Weitere Maßnahmen mit dem Fokus auf kleine und mittlere Einkommen, wie beispielsweise eine Weiterentwicklung des Pendlerpauschales zu einem kilometerabhängigen Absetzbetrag mit Bonus für Öffi-Nutzer:innen oder befristetes Aussetzen der Umsatzsteuer auf Lebensmittel – zumindest für Grundnahrungsmittel und auf Güter des täglichen

Den Sozialstaat verbessern, damit er stärker vor Armut schützt:

Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent Nettoersatzrate und Aufhebung der Deckelung der Notstandshilfe

Reform der Sozialhilfe: Richtsätze auf ein armutssicherndes Niveau anheben und wieder als Mindest- statt als Höchstsätze definieren

Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes auf die Armutsgefährdungsschwelle

Deutliche Anhebung der Heizkostenzuschüsse und Ausweitung des Bezieher:innenkreises

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Teilhabe fördern:

Die Mitbestimmung der Beschäftigten und der Arbeitnehmer:innenvertretungen auf betrieblicher Ebene stärken sowie Maßnahmen, um gegen die Ver- und Behinderung von Betriebsratsgründungen vorgehen zu können; darüber hinaus deren aktive Einbeziehung beim digitalen Wandel und dem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft

Beteiligung und Respekt für Jugendliche, durch positive demokratische Alltagserfahrungen in Bildungs- und Arbeitsstätten und übergeordneten Vertretungen, aber auch wertschätzende Behandlung durch staatliche Institutionen

Faires Recht auf die Staatsbürgerschaft durch schnellere, einfachere und günstigere Verfahren sowie Sonderregel für im Inland geborene Kinder

Bildungsgerechtigkeit jetzt! Um die Auswirkungen von Pandemie und hoher Inflation abzufedern, sind ein unbürokratisches Zusatzbudget für Schulmaterialien und Betreuung sowie niederschwellige Fördertöpfe zur Freizeitförderung gefragt. Mittelfristig müssen Schulen so ausgestattet werden, dass es für den Schulerfolg egal ist, ob Eltern Geld haben oder nicht: Schulfinanzierung nach dem AK-Chancen-Index sowie ein flächendeckendes Angebot an beitragsfreien hochwertigen Ganztagschulen.

Die Finanzierung sichern:

Fairen Beitrag der Krisengewinner:innen: Übergewinne im Energiesektor nach dem AK ÖGB Modell besteuern

Rücknahme der beschlossenen KÖSt-Senkung 2023 und 2024

Progressive Vermögens- und Erbschaftssteuer und Einführung eines zumindest europäischen Vermögensregisters, das die wirtschaftliche Eigentümer:innen transparent macht

Steuerlücke schließen: Bekämpfung von Steuerhinterziehung und unerwünschten Gestaltungen in Österreich und darüber hinaus



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der Bundesarbeitskammer

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich